



Foto: Holm Helis/Landeshauptstadt Dresden



Anja Besand, Professorin für Didaktik der Politischen Bildung an der TU Dresden und Direktorin der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) – die „Holzbürgerinnen“ helfen in Workshops dabei, sich mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auseinanderzusetzen.

Wirtschaft und Verantwortung

Markus Scholz forscht an der TUD zu Wirtschaft und Ethik sowie Erfolgsfaktoren liberaler Marktwirtschaft.

Damit ein Unternehmen erfolgreich wirtschaften kann, stellt die Gesellschaft viel zur Verfügung, in etwa Infrastruktur, Eigentumsrechte oder Patentschutz. „Im Gegenzug werden Unternehmen nicht nur als Innovationstreiber, Arbeitsplatzbeschaffer und Steuerzahler, sondern auch als Unternehmensbürger, als Corporate Citizen, mit gesellschaftlicher Verantwortung wahrgenommen“, erklärt Dr. Markus Scholz. Er ist Professor für Betriebswirtschaft und Responsible Management an der TU Dresden.

„Eine offene Gesellschaft ist attraktiv für Fachkräfte, für die Kunden und für nationale wie internationale Investoren“, schildert Scholz. „Populisten und Rechtsextreme gefährden mit ihrem antiliberalen und paranoiden Politikstil die Bedingungen des Wirtschaftens, wie wir es kennen.“ Demnach bedrohen populistische Herrschaftstechniken letztlich den gesellschaftlichen Wohlstand. Eine der zentralen Errungenschaften in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Soziale Marktwirtschaft. Diese erfordere eine demokratische Verfassung und eine liberale Gesellschaft, wie sie umgekehrt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung beitrage. Deshalb sollte es im Eigeninteresse von Unternehmen liegen, gesellschaftliche Verantwortung für den Schutz der liberalen Demokratie zu übernehmen.

„Populisten richten in den Gesellschaften, die sie gekapert haben, langfristig Unsicherheit an.“ Denn Populisten wännen sich von Feinden umgeben und sind von Paranoia durchdrungen. Laut Scholz sind es immer die gleichen Herrschaftstechniken, die Populisten in Regierungsverantwortung anwenden: Die Freiheit der Medien werde eingeschränkt oder vollkommen ausgeschaltet. Die Institutionen des Staates werden übernommen: Sie arbeiten dann nicht mehr im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, sondern sind langfristig nur ein verlängerter Arm der Partei. Schließlich ersetzen Günstlingswirtschaft und Klientelpolitik den Wettbewerb. Dann reguliert politische Nähe den unternehmerischen Erfolg, nicht mehr der Markt über Qualität und Preis.

Neben dem ökonomischen Eigeninteresse habe das Eintreten von Managern und Unternehmern gegen Rechtsextreme und Populisten eine weitere Begründung. „Auch Wirtschaftsführer sind Bürger einer Republik. Sie müssen demnach den Mund aufmachen und sich positionieren im Bewusstsein des großen Privilegs, in einer offenen Gesellschaft zu leben.“ In Abwandlung der Worte Milton Friedmans könnte man es so formulieren: The business of business is not just business. VDA

■ „Zwischen Vorstand und Verantwortung“ mit Dr. Stefan Traeger (Jenoptik), 29.5., 17 Uhr, Hörsaal A251, Georg-Schumann-Bau, Münchner Pl. 3, DD

Die von Akteuren in Wissenschaft, Kunst und Kultur initiierte Großveranstaltung „Gemeinsam für Demokratie – Die Dresdner Wissenschaft und Kultur lädt ein“ findet am 25. Mai 2024 statt. dresden-concept.de/demokratie

Widerspruch, Zweifel, Hinterfragen

Eine stabile Gesellschaft besteht aus mündigen Bürgern. Politische Bildung unterstützt dabei. An der TUD wird erforscht, welche Formate besonders hilfreich sind und wie man sie nutzt.

VON AXEL NÖRKAU

In gesellschaftlich aufgeladenen Zeiten ist auch die Debatte über alles, an dem das Etikett „politisch“ hängt, von stärkerer Reibung geprägt. Der Begriff „politische Bildung“ ist davon nicht ausgenommen. So ist die Arbeit von Akteuren und Institutionen, die sich der politischen Bildung widmen, im Osten der Republik gelegentlich historisch vorbelastet. Der Vorwurf: Politische Bildung im Deutschland der Gegenwart sei im Grunde so etwas wie der Staatsbürgerkundeunterricht der DDR, nur unter anderen Vorzeichen. Ein Vergleich, den Anja Besand, die an der TU Dresden zur politischen Bildung forscht und lehrt, nicht gelten lässt. „Das verpflichtende Schulfach Staatsbürgerkunde war durch eindimensionale ideologische Unterweisung gekennzeichnet. Widerspruch war kaum möglich. Heute geht es bei politischer Bildung darum, Bildungsprozesse so zu gestalten, dass Menschen selbstbestimmte politische Urteils- und Handlungsfähigkeit entwickeln“. Politische Bildung sei heute ein Angebot, keine Anordnung, so die Inhaberin der Professur für Didaktik der Politischen Bildung. „Dieses Angebot besteht für alle Generationen, nicht nur für

junge Menschen“, so Anja Besand weiter. Jede demokratische Gesellschaft sei zwingend auf die politische Urteils- und Handlungsfähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen – wogegen Autokratien auf Gehorsam und die Abwesenheit jeglichen Hinterfragens bauen.

Das Ziel der politischen Bildung in einer Demokratie sieht die Professorin in einem Zustand, den man „staatsbürgerliche Mündigkeit“ nennen könnte. „Paradoerweise ist ein Mindestmaß an Mündigkeit aber auch die Voraussetzung für den Prozess“, sagt Anja Besand. Wenn also ein grundlegendes Interesse an der Welt, wie auch an anderen Sichtweisen, bestehe, wird politische Bildung immer auf fruchtbaren Boden fallen. Wie aber können Bildungsangebote konkret dabei helfen, eine valide Basis für Entscheidungen wie die an der Wahlurne zu schaffen? In einer Situation, in der die politische Landschaft im Umbruch ist, besonders im Osten Deutschlands? „Viele denken, politische Bildung bedeute, dass man viele technische Dinge über das politische System wissen müsste. Oder dass man vor Wahlen Parteiprogramme durchforschen und vergleichen sollte“, sagt die Professorin. Das aber sei unrealistisch. Es gehe

Jede demokratische Gesellschaft ist auf Bildung und Handlungskompetenz ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

nicht um trockenes Wissen zum Wahlsystem oder die Lektüre hunderter Seiten. Wichtig sei vielmehr, selbstkritisch zu prüfen, wo man politisch stehe, und diesen Standpunkt mit dem, was die Parteien versprechen, abzugleichen. Die politische Bildung bietet dafür Mittel und Wege an.

Das wahrscheinlich beste Werkzeug in diesem Zusammenhang ist laut Anja Besand der Wahl-O-Mat. Die seit 2002 von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpB) im Internet angebotene Anwendung nennt die Forscherin „noch immer die Killer-App in der politischen Bildung“. Im selben Atemzug warnt sie allerdings davor, sich zu sehr in die Hände des Wahl-O-Mat zu begeben. „Er ist eine Lesehilfe für die politische Landschaft. Er prüft meine Übereinstimmung mit Parteiprogrammen. Das Ergebnis ist aber ausdrücklich keine Wahlempfehlung“. Man müsse sich immer fragen: Was bedeutet das Ergebnis wirklich? Das Problem hierbei sei laut Anja Besand nicht der Wahl-O-Mat selbst, es sind die Aussagen der Parteien, mit denen er befüllt wird. Denn Populisten, linke wie rechte, stellen gern Positionen zur Diskussion, die große Zustimmung versprechen und die sich gleichzeitig nicht realisieren lassen. Wenn also Parteien nicht Einlösbares („Frieden mit Russland“) oder „Reichtum für alle“ anbieten, lassen sich damit auch immer hohe Zustimmungsraten generieren. Was im Zweifel zu Verzerrungen im Wahl-O-Mat führt. „Die Software der Bundeszentrale entlastet nicht vom Denken! Jeder sollte sich fragen ‚Warum habe ich so viele Übereinstimmungen mit dieser oder jener Partei?‘ und ‚Warum irritiert mich diese Tatsache möglicherweise so stark?‘“. Beim Auflösen dieser Fragen kann Anja Besand zufolge die Gewichtung der abgegebenen Antworten im zweiten Wahl-O-Mat-Schritt hilfreich sein.

Sich auch jenseits der Wahl-O-Mat-Befragung in Sachen Politik auf dem Laufenden zu halten, hält die Professorin angesichts der Landtagswahl im Herbst für dringend angeraten. Bei diesem Urnengang handele es sich Anja Besand zufolge nicht um eine durchschnittliche Situation. Die Frage „Was wäre, wenn?“ müsse gestellt werden. Die Forschungsergebnisse zu Ländern wie Ungarn, Polen oder den USA unter der Präsidentschaft von Donald Trump zeigten deutlich, dass Populisten nach Wahlsiegen augenblicklich damit beginnen, wichtige Stützen der Gesellschaft wie das Mediensystem oder die Verfassungsgerichtsbarkeit nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Schwachstellen im Rechtssystem werden skrupellos ausgenutzt, im schlimmsten Falle werden Weichenstellungen unumkehrbar. Allen, die sich für Gedankenspiele dieser Art interessieren, empfiehlt Anja Besand das „Thüringen-Projekt“ der Webseite verfassungsblog.de: „Hier wird das Thema aus rein verfassungsrechtlicher Sicht angegangen. Es wird konkret gefragt, durch welche Unzulänglichkeiten unserer Landesverfassungen solchen Prozessen Tür und Tor geöffnet werden könnte – und was getan werden kann, um das zu verhindern“. Ein Angebot von vielen, die es zu nutzen gilt. Denn wie sagt der US-amerikanische Pädagoge und Philosoph John Dewey: „Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden, und Bildung ist ihre Hebamme“.

Ist das Grundgesetz noch zeitgemäß?

Prof. Sabine Müller-Mall forscht zu Grundlagenfragen von Recht und Verfassung. Auch dazu, was sie stärkt oder in Gefahr bringt.

Unser Grundgesetz enthält einfach ausgedrückt die Spielregeln für das Zusammenleben in einer Gesellschaft. Wozu braucht es die überhaupt in einer Demokratie?

Wenn viele Menschen ihr Zusammenleben gemeinsam gestalten wollen, wird es immer Spielregeln brauchen, damit nicht bei jeder anstehenden Entscheidung alles neu ausgehandelt werden muss: Wer darf mitentscheiden und wer nicht, in welchem Verfahren wird die Entscheidung getroffen, wer sorgt dafür, dass sie umgesetzt wird? Eine Verfassung – und das Grundgesetz ist genau das, eine Verfassung – legt solche Spielregeln für einen längeren Zeitraum fest.

Sind diese „Spielregeln“ – 75 Jahre nach ihrem Beschluss – noch zeitgemäß?

Die wesentlichen Festlegungen des Grundgesetzes sind für die meisten Menschen auch heute, nach 75 oder 35 Jahren (wie hier in Sachsen) noch wichtig und sinnvoll: dass wir in einer Demokratie leben wollen und nicht in einer Monarchie zum Beispiel, dass es ein föderaler und auch ein sozialer Staat sein soll, dass wir Grundrechte schützen wollen. Natürlich debattieren und streiten wir darum, wie das im Einzelnen genau aussehen soll, das ist richtig und wichtig. Denn jede Verfassung entwickelt sich mit der Zeit, sie ist lebendig.

Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein elementares Grundrecht. Welche – vielleicht antidemokratischen – Einstellungen, welches Verhalten muss das Grundgesetz aushalten können und wo muss es Grenzen setzen?

Das Grundgesetz schützt die Meinungsfreiheit sehr weitgehend – und mutet uns damit auch etwas zu. Wir müssen einiges aushalten können, Kritik, unterschiedliche Auffassungen, die auch die Grundfesten



Prof. Sabine Müller-Mall (kl. Foto) ist Inhaberin der Professur für Rechts- und Verfassungstheorie an der TU Dresden. Fotos: TU Dresden/Gordon Welters / stock.adobe.com

unserer Überzeugungen betreffen können. Grenzen gibt es dort, wo das Strafrecht ins Spiel kommt: Beleidigungen etwa sind nicht mehr von der Meinungsfreiheit geschützt. Oder, das ist eine andere Grenze,

volksverhetzende Äußerungen, die zum Beispiel rassistisch aufstacheln, sind strafbar und nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Man darf die Demokratie durchaus und auch sehr weitgehend kritisieren, man



darf auch für eine andere Staatsform eintreten, aber wenn dabei beispielsweise völkisch gehetzt wird, dann sind die Grenzen der Meinungsfreiheit erreicht.

In diesem Zusammenhang wird aktuell oft der Vergleich zu 1933 gezogen. Ist unsere Demokratie tatsächlich in Gefahr?

Die Demokratie lebt davon, dass wir alle uns an ihr beteiligen – das bedeutet nicht allein, zur Wahl zu gehen. Es bedeutet auch, sich Meinungen zu bilden, sich zu äußern, einen politischen Willen zu bilden. Wenn größere Teile der Bevölkerung das nicht mehr tun, dann gerät die Demokratie in Gefahr. Sie gerät aber auch in Gefahr, wenn viele Menschen bereit sind, ihre Stimme demokratiefeindlichen Positionen zu geben. Genau damit haben wir es im Moment zu tun: Viele Menschen nehmen solche Positionen jedenfalls in Kauf, wenn sie ihre Stimme abgeben. Und darin liegt auch hier und heute eine große Gefahr für die Demokratie: Denn sind Parteien oder Personen mit demokratiefeindlichen Positionen erst in Regierungsfunktionen, können sie sehr schnell die Möglichkeiten demokratischer Beteiligung so radikal einschränken, dass es erst faktisch und dann auch rechtlich keine Demokratie mehr gibt. Genau das haben wir 1933 gesehen.

GESPRÄCH: SILKE RÖDEL